



Gemeindebefragung im Kanton Zürich

Bestandesaufnahme und Bedarfserhebung, Herbst 2018

Bericht

Autorenschaft: okay zürich

Zürich, 11. Januar 2022

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	4
2	Kinder- und jugendpolitische Strukturen der Gemeinden	5
2.1	Kinder- und Jugendkommissionen in den Gemeinden	5
2.2	Strukturen und Angebote der Kinder- und Jugendpolitik mit Fokus Förderung.....	7
3	Freiwilligenarbeit.....	12
4	Partizipation.....	15
5	Vernetzung	17
6	Personelle Ressourcen, Auf-und Ausbaunotwendigkeit	18

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Bestehen einer Kinder-/Jugendkommission	5
Abb. 2:	Fachlicher Hintergrund der Vertreter*innen mit Einsitz in gemeindeinterner Kinder-/Jugendkommission	6
Abb. 3:	Strukturen und Angebote in den Gemeinden	7
Abb. 4:	Funktionen der für strategische Kinder- und Jugendfragen Tätigen.....	9
Abb. 5:	Durchführung von (strategischen) Tätigkeiten in den letzten fünf Jahren.....	10
Abb. 6:	Beurteilung kinder- und jugendpolitische Strukturen sowie Verankerung der Kinder- und Jugendförderung	11
Abb. 7:	Angebote, die massgeblich durch Freiwillige erbracht werden.....	12
Abb. 8:	Fördermassnahmen/Unterstützungsleistungen für Freiwilligenangebote	13
Abb. 9:	Form der Unterstützung der Freiwilligenangebote	14
Abb. 10:	Unterstützungsbedarf bei Freiwilligenangeboten	15
Abb. 11:	Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und/oder Jugendliche	16
Abb. 12:	Themenbereiche zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	17
Abb. 13:	Beurteilung des Personalbestands nach verschiedenen Bereichen	19
Abb. 14:	Ausstattung mit Blick auf vorhandenen Bedarf pro Bereich	20
Abb. 15:	Tendenz Auf-/Ausbau	21
Abb. 16:	Bedarf nach mehr Informationen und/oder Beratung	22
Abb. 17:	Durchführen einer Bedürfniserhebung bei Kindern/Jugendlichen selbst	23

1 Einleitung

Gemeinden nehmen einen zentralen Stellenwert ein, wenn es um die Aufwuchsbedingungen von Kindern und Jugendlichen geht. Ihre Lebenswelten werden – nicht nur, aber auch – durch die Verankerung der Kinder- und Jugendförderung in den Gemeinden geprägt.

Unter Kinder- und Jugendförderung wird die Förderung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu selbständigen und sozial verantwortlichen Personen ausserhalb von Schule und Familie verstanden. Kinder und Jugendliche werden dabei als Personen betrachtet, die es in ihrer sozialen, kulturellen und politischen Integration zu unterstützen gilt.¹ Es geht in der Kinder- und Jugendförderung nicht lediglich um eine finanzielle Förderung, sondern um das Schaffen günstiger Rahmenbedingungen, innerhalb derer junge Menschen gut leben und sich entfalten können. Als Zielgruppe der Kinder- und Jugendförderung bestimmt das Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFG) junge Menschen ab Kindergartenalter bis zum vollendeten 25. Lebensjahr.

Folgende Angebote, Akteur*innen und Strukturen werden als Bestandteil der Kinder- und Jugendförderung definiert: Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Angebote der Kinder- und Jugendverbandsarbeit, Angebote von Freizeitvereinen, Angebote von regionalen und/oder kantonalen Fachorganisationen und Fachstellen im Bereich der Kinder- und Jugendförderung, Angebote zur Beteiligung (Partizipation) von Kindern und Jugendlichen sowie die strukturelle Organisation und Verankerung der Kinder- und Jugendförderung auf Gemeindeebene. Diese Definition wurde von der okay zürich in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Nordwestschweiz Hochschule für Soziale Arbeit (FHNW) entwickelt.

Zwischen Mitte September und Mitte Oktober 2018 wurden die verantwortlichen Personen für Kinder- und Jugendfragen der politischen Gemeinden des Kantons Zürich zu ihren kommunalen Strukturen und Angeboten der Kinder- und Jugendförderung befragt. Ziel dieser Befragung war es, die Aufwuchsbedingungen für Kinder und Jugendliche in den Gemeinden abzubilden. Basierend auf dieser Erhebung können die Rahmenbedingungen optimiert werden. Die Umfrage wurde durch die okay zürich via Onlinebefragungstool durchgeführt. Von den 166 Gemeinden des Kantons beteiligten sich 115 an der Befragung. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 70 %. Die Diskussion und Interpretation der Daten erfolgte durch ein Team aus Fachexpert*innen der okay zürich sowie der FHNW. Der vorliegende Bericht wurde durch die okay zürich verfasst. In den nachfolgenden Kapiteln wird unter «n = Zahl» (Beschriftung der Grafiken) angegeben, wie viele Gemeinden die jeweilige Frage beantwortet haben. Es war möglich, die Beantwortung einer Frage auszulassen und bei gewissen Fragen bestand die Möglichkeit von Mehrfachantworten (jeweils auch unterhalb der Grafiken ausgewiesen).

Die Gemeinden wurden gebeten, diejenige Person den Fragebogen ausfüllen zu lassen, welche den umfassendsten Überblick über strategische Kinder- und Jugendfragen innehat. Es wurde erläutert, dass darunter die Ausgestaltung der kommunalen Kinder- und Jugendpolitik und der Kinder- und Jugendförderung verstanden wird. Die Antworten auf diese Fragen zeigen, wie vielfältig sich die Landschaft der Kinder- und Jugendförderung in den Gemeinden ausgestaltet. In 51 Gemeinden waren es Exekutivmitglieder mit dem «Ressort» Kinder/Jugendliche, in 34 Gemeinden Verwaltungsmitarbeitende mit demselben Ressort, in 27 Gemeinden Mitglieder einer Kinder- und Jugendkommission sowie in 22

¹ vgl. Art. 41 Abs. 1 Bst. g der Schweizerischen Bundesverfassung.

Gemeinden Kinder- und Jugendbeauftragte und/oder Koordinierende der Kinder- und Jugendförderstelle oder Gesellschaftsbeauftragte, welche an der Befragung teilnahmen (Mehrfachantworten waren möglich). Aufgrund der Anonymisierung lässt sich dabei nicht ableiten, welche Personen mit welchen Hintergründen die Fragen beantworteten.

Personen, welche in ihrer Funktion für mehrere politische Gemeinden zuständig sind (z. B. in regionalen Gemeindeverbänden oder in einer Trägerschaft im Mandat mehrerer Gemeinden), wurden gebeten, je einen Fragebogen pro politische Gemeinde auszufüllen, um ein möglichst vollständiges Bild zur Situation im Kanton Zürich zu erhalten.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Befragung dargestellt und erläutert. Die Befragung unterteilt sich thematisch in folgende Blöcke: kinder- und jugendpolitische Strukturen der Gemeinden, Freiwilligenarbeit, Partizipation, Vernetzung, personelle Ressourcen und Einschätzung von Auf- bzw. Ausbaunotwendigkeiten.

2 Kinder- und jugendpolitische Strukturen der Gemeinden

Der erste Befragungsblock widmete sich den vorhandenen kinder- und jugendpolitischen Strukturen in den Gemeinden sowie der Verankerung der Kinder- und Jugendförderung.

2.1 Kinder- und Jugendkommissionen in den Gemeinden

38 % der antwortenden Gemeinden gaben an, über eine Kinder- und Jugendkommission zu verfügen. In weiteren 13 % Gemeinden besteht eine Kommission, an welcher sich mehrere Gemeinden beteiligen. Dem gegenüber gaben 47 % der Gemeinden an, über keine Kinder- und Jugendkommission zu verfügen.

Wird nun die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in solchen Gefässen genauer betrachtet, so zeigt die Umfrage, dass diese im Kanton Zürich grossmehrheitlich nicht vorhanden ist: Von den Gemeinden, die über eine Kinder- und Jugendkommission verfügen, gaben 81 % an, dass Kinder bzw. Jugendliche keinen Einsitz in der Kommission haben. Nur in gerade acht Gemeinden (19 %) ist dies der Fall. Bei den Kommissionen, welche mehrere politische Gemeinden abdecken, sieht das Bild nicht anders aus: Zu 71 % nehmen Kinder und Jugendliche nicht Einsitz, nur in drei regionalen Kinder- und Jugendkommissionen (21 %) haben Kinder und Jugendliche Einsitz.

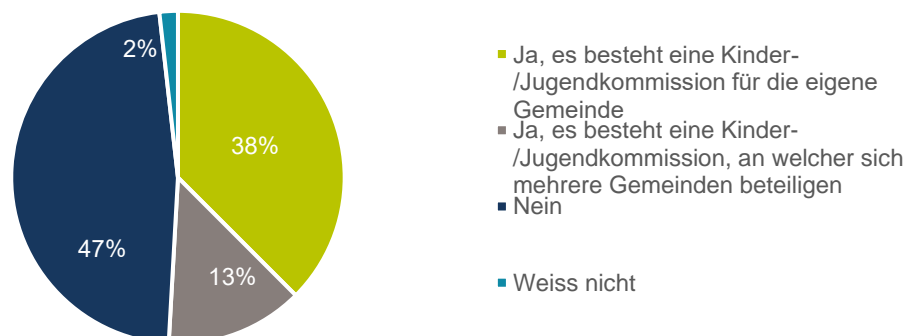


Abb. 1: Bestehen einer Kinder-/Jugendkommission (n= 112)

Hinsichtlich der Zusammensetzung der Kinder- und Jugendkommissionen wurde weiter gefragt, welche Funktionen die erwachsenen Vertreter*innen in den Kommissionen innehätten. Die nachfolgende Grafik zeigt, dass am häufigsten Gemeinderät*innen Einsitz in den Kommissionen haben. Auch Schulleiter*innen oder Vertretungen der Schulpflege, Kinder- und Jugendbeauftragte bzw. Leiter*innen von Kinder- und Jugendförderstellen oder Gesellschaftsbeauftragte besetzen diese Posten. Häufig genannt werden weiter Fachpersonen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) sowie kirchliche Vertretungen (z. B. Jugendarbeiter*innen einer Kirchgemeinde). Gelegentlich sind es auch Schulsozialarbeiter*innen oder Vertretungen von Vereinen, welche die Anliegen von Kindern und Jugendlichen in den Kommissionen einbringen.

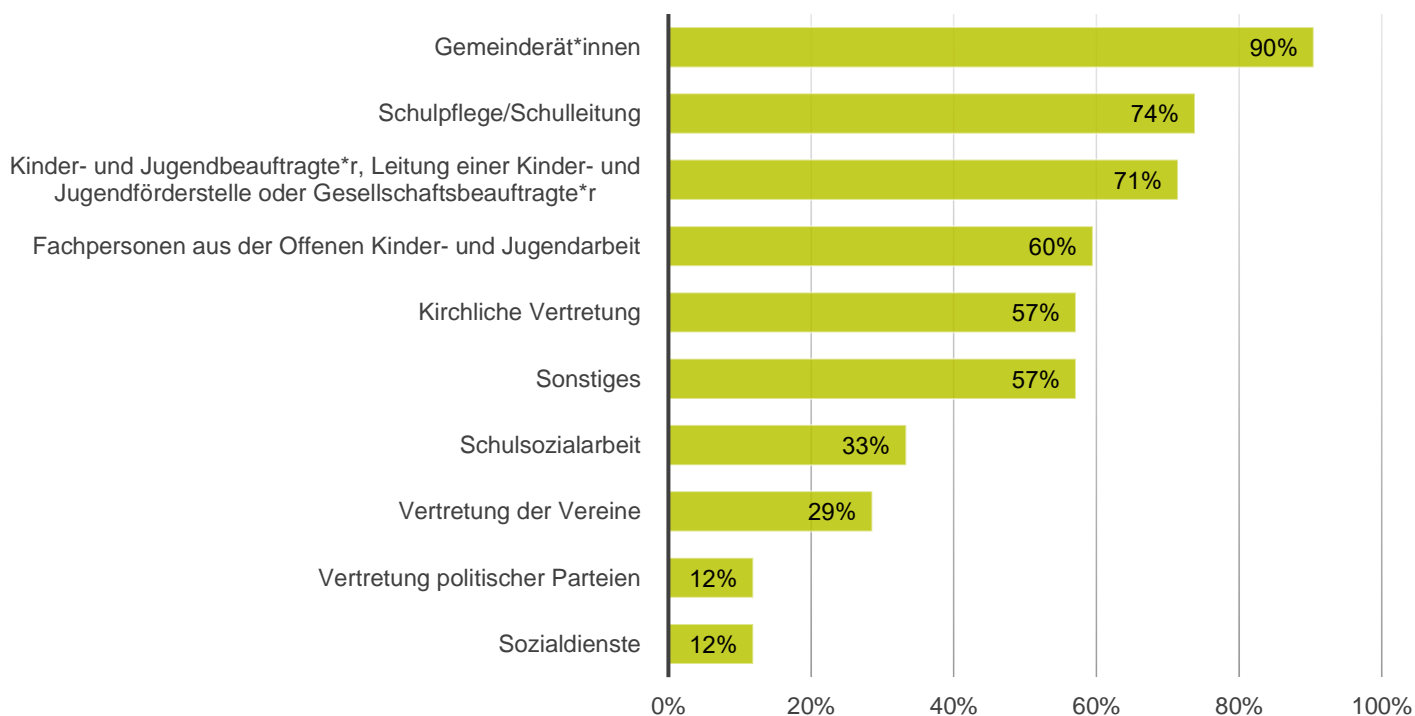


Abb. 2: Fachlicher Hintergrund der Vertreter*innen mit Einsitz in gemeindeinterner Kinder-/Jugendkommission (Mehrfachnennungen möglich) (n=42)

Auch bei den Kinder- und Jugendkommissionen, welche mehrere Gemeinden abdecken, sind es am häufigsten Gemeinderät*innen, welche Einsitz in den Kommissionen nehmen. Ein leicht anderes Bild zeigt sich in der weiteren Reihenfolge: So sind es bei regionalen Kinder- und Jugendkommissionen an zweiter Stelle Fachpersonen aus der OKJA, die diese Posten innehaben und an dritter Stelle Kinder- und Jugendbeauftragte bzw. Leiter*innen von Kinder- und Jugendförderstellen oder Gesellschaftsbeauftragte. Schulleiter*innen bzw. die Schulpflege wurde nur drei Mal genannt.

Weiter hat die Befragung ergeben, dass Aufgaben und Zielsetzung vorhandener gemeindeinterner Kinder- und Jugendkommissionen klar verankert sind. 82 % bejahten diese Frage. Bei den Kommissionen, welche sich über mehrere politische Gemeinden erstrecken, waren es nur 62 %. Rund ein Drittel konnte diese Frage nicht beantworten.

Ein ähnliches Bild wie bei der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in Kinder- und Jugendkommissionen zeigt sich bei der Frage, ob Kinder und Jugendliche in weiteren

Gremien Einsitz nehmen, welche sich nicht spezifisch mit Kinder- und Jugendthemen befassen (z. B. Einsitz in Kultur- und Sportkommissionen). Diese Frage bejahen gerade einmal drei Gemeinden.

2.2 Strukturen und Angebote der Kinder- und Jugendpolitik mit Fokus Förderung

Für ein vollständiges Bild über die Strukturen der Kinder- und Jugendförderung zu erhalten, wurde erhoben, welche Angebote den Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen, ob eine kinder- und jugendpolitische Strategie vorhanden ist und in welcher Form personelle Ressourcen für diesen Bereich eingesetzt werden. Die untenstehende Grafik zeigt die Ergebnisse.



Abb. 3: Strukturen und Angebote in den Gemeinden (Mehrfachnennungen möglich) (n= 107)

Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, welche von angestellten Fachpersonen geführt werden, bestehen in 90 % der Gemeinden. Beispiele dafür sind Jugendtreffs,

Jugendzentren und mobile oder aufsuchende Jugendarbeit. Auch die Kinder- und Jugendverbandsarbeit ist in 77 % der Gemeinden fester Bestandteil der Kinder- und Jugendförderung. In gut der Hälfte der Gemeinden finden sich zudem Jugendinformations- und Anlaufstellen sowie Offene Angebote für Kinder, die von Fachpersonen geführt werden, wie Abenteuerspielplätze, Kindertreffs oder Spielmobile. Offene Sportangebote für Jugendliche (z. B. Midnight Sports) stehen in mehr als der Hälfte der Gemeinden zur Verfügung, solche spezifisch für Kinder finden sich nur in einem Drittel der Gemeinden.

Ein Ressort/Mandat für Kinder und Jugendliche findet sich auf Exekutivebene – allenfalls in Kombination mit anderen gesellschaftlichen Themen – in einer Mehrzahl (70) der Gemeinden. 43 Gemeinden verfügen über eine*n Kinder- und Jugendbeauftragte*n bzw. eine Leitung einer Kinder- und Jugendförderstelle oder eine*n Gesellschaftsbeauftragte*n innerhalb der Verwaltung.

Durchschnittlich stehen Exekutivmitgliedern und Kinder- und Jugendbeauftragten in den Verwaltungen 45 Stellenprozente für das strategische Bearbeiten kinder- und jugendpolitischer Fragen zur Verfügung. Dieser Wert basiert auf lediglich 41 Antworten, 77 Teilnehmende haben diese Frage nicht beantwortet.

Als nächstes wurden die beruflichen Qualifikationen der Kinder- und Jugendbeauftragten, Leitung einer Kinder- und Jugendförderstelle oder der*s Gesellschaftsbeauftragten erfragt. Auch diese Frage beantworteten 76 Teilnehmende nicht. Die am weitesten verbreitete berufliche Qualifikation ist mit 34 Nennungen jene der Sozialen Arbeit (Studium in Sozialarbeit, Sozialpädagogik und/oder Soziokultureller Animation), gefolgt von 18 bzw. 17 Nennungen beruflicher Qualifikationen in den Bereichen Politik, Psychologie, Pädagogik und/oder Soziologie sowie Management, Personalführung und/oder Finanzmittelplanung.

Über eine eigentliche kinder- und/oder jugendpolitische Strategie z. B. in Form einer Absichtserklärung, eines kinder- und jugendpolitischen Leitbilds, Legislaturzielen oder Konzepten verfügen 43 % der teilnehmenden Gemeinden, also weniger als die Hälfte.

Es wurde auch gefragt, wer innerhalb der Gemeinde mit der strategischen Verantwortung über Kinder- und Jugendfragen betraut sei (vgl. folgende Grafik). In gut der Hälfte, nämlich 51 der antwortenden Gemeinden, sind dies Exekutivmitglieder mit einem «Ressort» im Bereich Kinder/Jugendliche. In 34 Gemeinden sind Verwaltungsmitarbeitende mit einem Ressort im Bereich «Kinder/Jugendliche» dafür zuständig, in 27 Gemeinden sind es Mitglieder einer kommunalen Kinder- bzw. Jugendkommission und in 22 Gemeinden Kinder- und Jugendbeauftragte, Leitende und/oder Koordinierende der Kinder- und Jugendförderstellen oder Gesellschaftsbeauftragte.

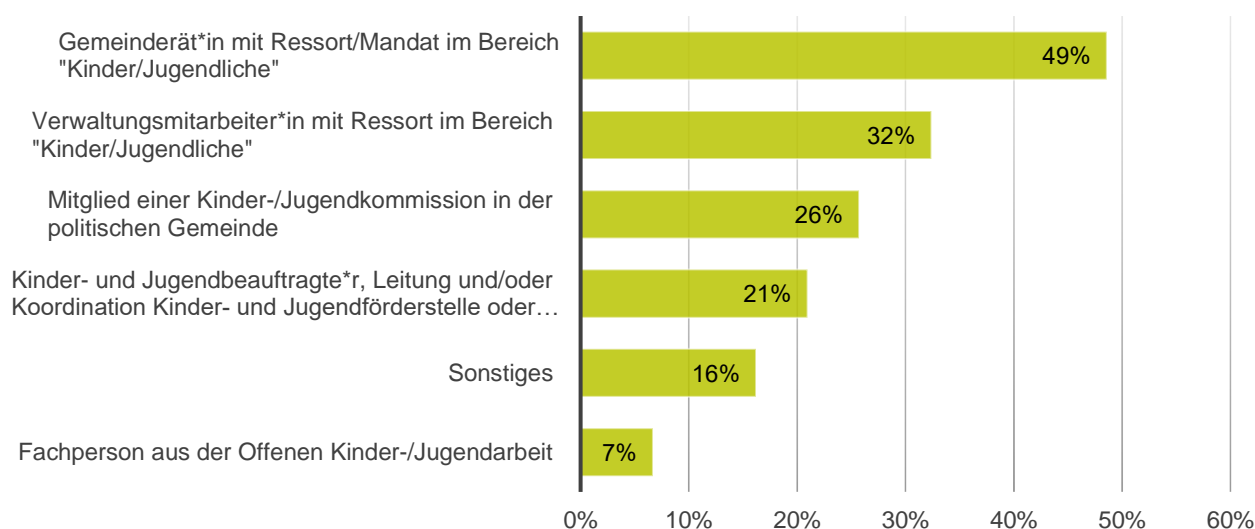


Abb. 4: Funktionen der für strategische Kinder- und Jugendfragen Tätigen (Mehrfachnennungen möglich) (n=105)

Die folgende Grafik (Abbildung 5) illustriert, welche (strategischen) Tätigkeiten in den letzten fünf Jahren in den Gemeinden aktiv durchgeführt wurden. 54 Gemeinden gaben an, sich der (Weiter-)Entwicklung einer kinder- und/oder jugendpolitischen Strategie zu widmen, z. B. in Form von Leitbildern, Legislaturzielen, Konzepten oder der Zertifizierung mit dem UNICEF-Label «Kinderfreundlichen Gemeinde». 47 Gemeinden attestierten die Koordination und Umsetzung von Zielen ihrer kinder- und jugendpolitischer Strategien. In 42 Gemeinden – mehr als der Hälfte der antwortenden Gemeinden – wird Öffentlichkeitsarbeit zu kinder- und jugendrelevanten Themen betrieben. 38 Gemeinden gaben an, dass sie Kinder- und Jugendbefragungen oder Bedürfnisanalysen durchführen. In 32 Gemeinden bestehen Bestrebungen, die Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen bei für sie relevanten Themen oder Entscheidungen auszubauen.

Ein Drittel der antwortenden Gemeinden widmet sich zudem folgenden Themen: Information von Kindern und Jugendlichen zu kinder- und/oder jugendpolitischen Themen und Entscheidungen, Aushandeln von Interessenskonflikten verschiedener Bevölkerungsgruppen im öffentlichen Raum, politisches Lobbying zu kinder- und/oder jugendpolitischen Aktivitäten sowie Controlling und Qualitätssicherung der kinder-und/oder jugendpolitischen Aktivitäten.

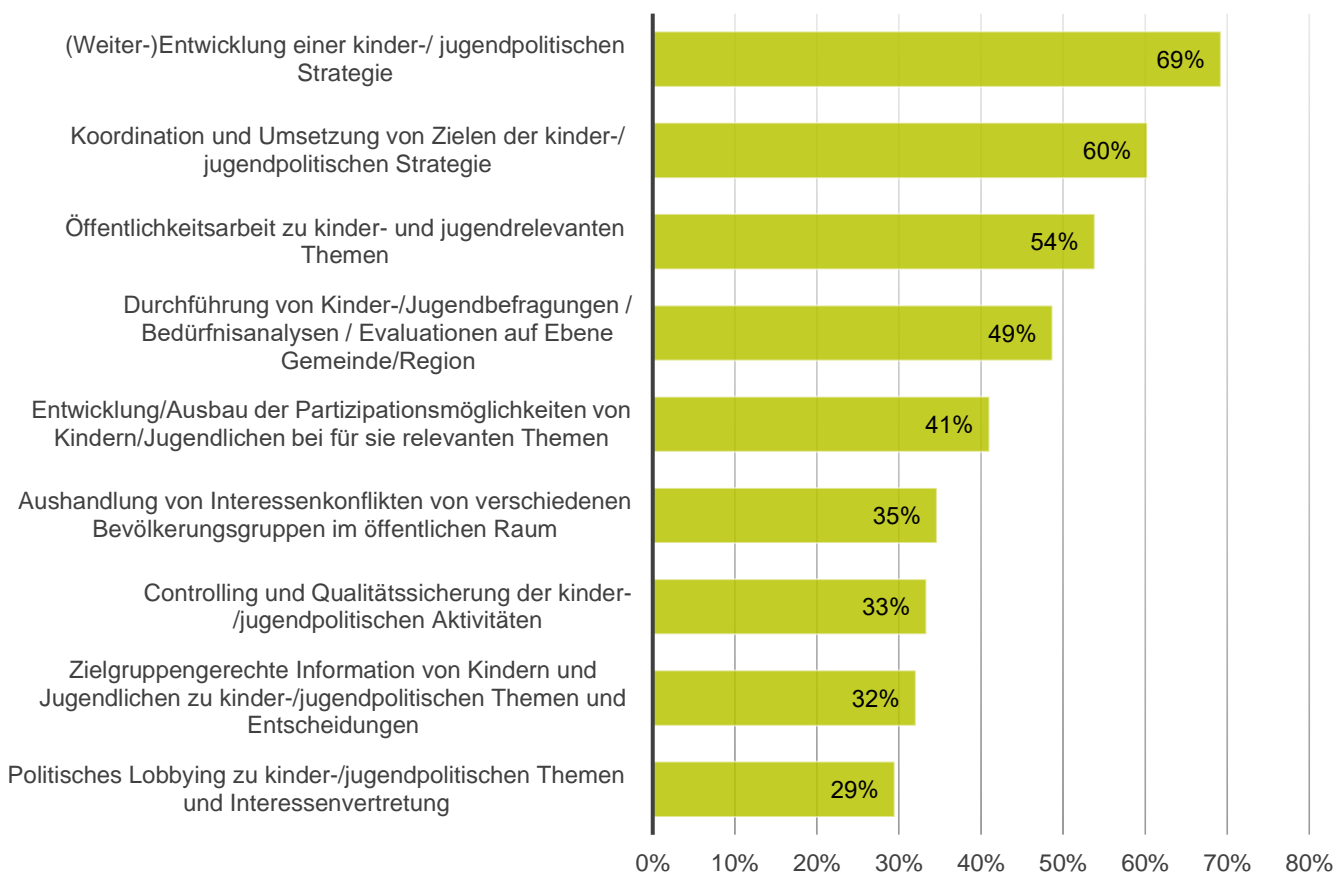


Abb. 5: Durchführung von (strategischen) Tätigkeiten in den letzten fünf Jahren (Mehrfachnennungen möglich) (n= 78)

Des Weiteren wurde erhoben, wie die Antwortenden aktuell die kinder- und jugendpolitischen Strukturen sowie die Verankerung der Kinder- und Jugendförderung in ihrer Gemeinde beurteilen (nächste Grafik, Abbildung 6). Die vorhandenen Strukturen (personelle Ausstattung, politische Unterstützung) werden vorwiegend positiv beurteilt, in 24 Gemeinden werden sie hingegen eher bis sehr negativ bewertet. Auch die finanziellen Mittel für die Kinder- und Jugendförderung werden zu knapp drei Viertel als positiv bewertet. Wie bereits einführend erwähnt kann nicht eruiert werden, welche Personen mit welchem Hintergrund diese Bewertungen vornahmen.

Die Angebotsvielfalt im Bereich der Kinder- und Jugendförderung (z. B. durch Vereine, Verbände oder die OKJA), aber auch die Qualität der Angebote sowie das Fachwissen der verantwortlichen Personen wurde grossmehrheitlich positiv bewertet. Auch die Nutzungshäufigkeit der Angebote weist mehrheitlich positive Zustimmungen auf und wird in nur 13 Gemeinden eher negativ bewertet. Am ausbaufähigsten scheint die Information bzw. die Darstellung der Angebote für die Zielgruppe Kinder und Jugendliche: 35 % der teilnehmenden Gemeinden bewerten diese als eher bis sehr negativ und somit nicht kinder- und jugendfreundlich.

Augenfällig ist, dass politische Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche offenbar nur wenig Verbreitung in den Gemeinden finden: Lediglich 16 % beurteilen diese als eher positiv oder sehr positiv. Etwas über 50 % der Antwortenden erachten denn auch die

finanziellen Mittel hierfür als unzureichend. Die Grafik zeigt weiter, dass die Unterstützung von ehrenamtlichem bzw. freiwilligem Engagement in der Kinder- und Jugendförderung von der überwiegenden Mehrheit als positiv bewertet wird. Eher zwiespältig beurteilt wird hingegen das Ausmass an Orten, an denen sich Kinder und Jugendliche treffen können.

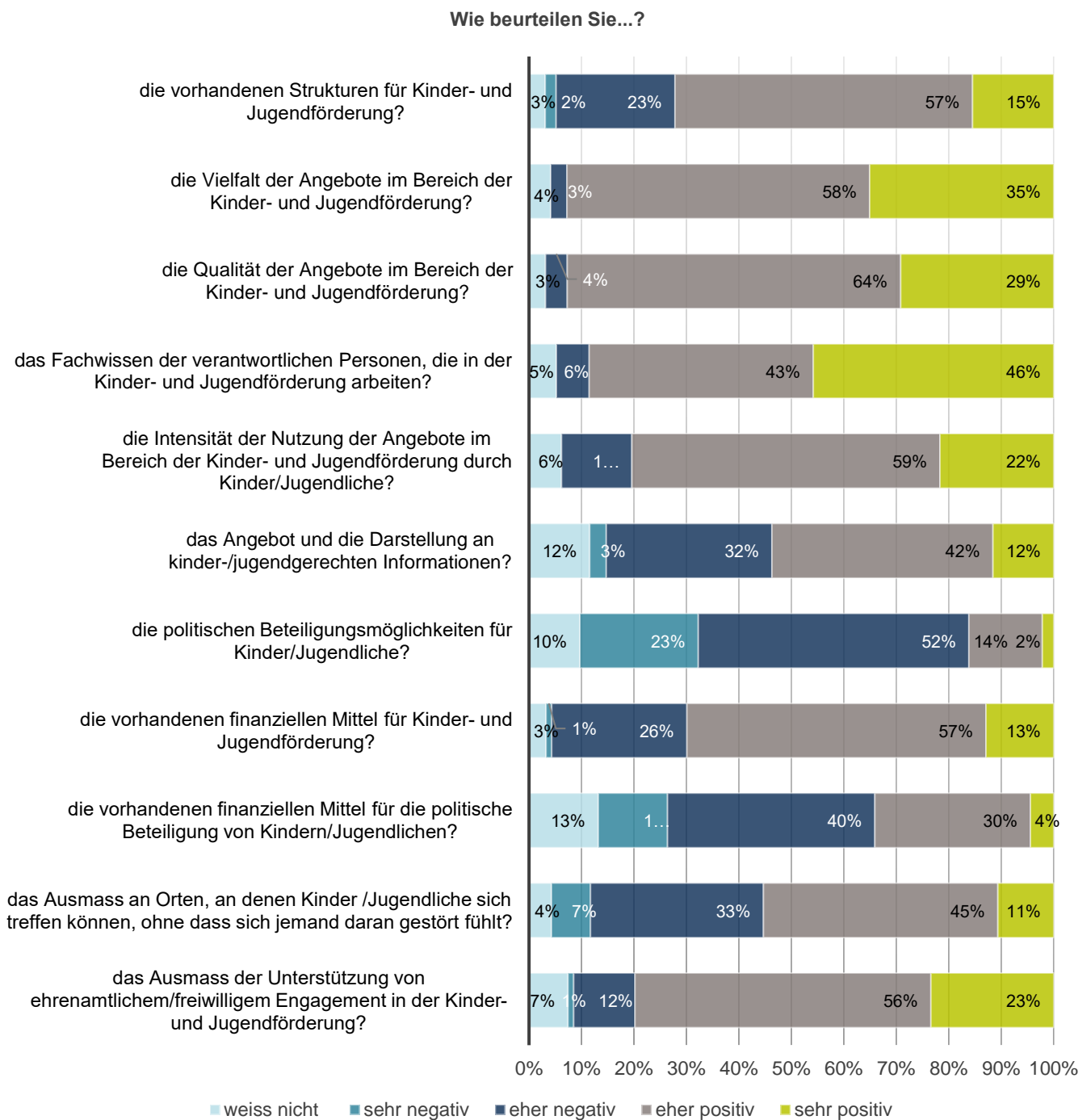


Abb. 6: Beurteilung kinder- und jugendpolitische Strukturen sowie Verankerung der Kinder- und Jugendförderung (n= 96)

3 Freiwilligenarbeit

Ein Frageblock widmete sich den Angeboten im Bereich der Freiwilligenarbeit, den Unterstützungsleistungen der Gemeinden für diese Angebote und den Entwicklungstendenzen in der Freiwilligenarbeit ganz allgemein.

Als Erstes wurde erhoben, welche Angebote in den Gemeinden massgeblich durch Freiwillige erbracht werden: In nahezu allen antwortenden Gemeinden sind dies Angebote der Sportvereine. An zweiter Stelle, in 84 % der Gemeinden, werden auch Angebote der Kirchen oder kirchennaher Organisationen durch Freiwillige erbracht. Auch Spiel-/Hobby- und Freizeitvereine (63 %) sowie kulturelle Vereine (58 %) leben stark vom Engagement Freiwilliger. Und in knapp der Hälfte der Gemeinden basieren auch Angebote von Interessenverbänden wie dem Naturschutz oder Quartiervereinen auf Freiwilligenarbeit. Alle erfragten Freiwilligenangebote sind der untenstehenden Grafik zu entnehmen.

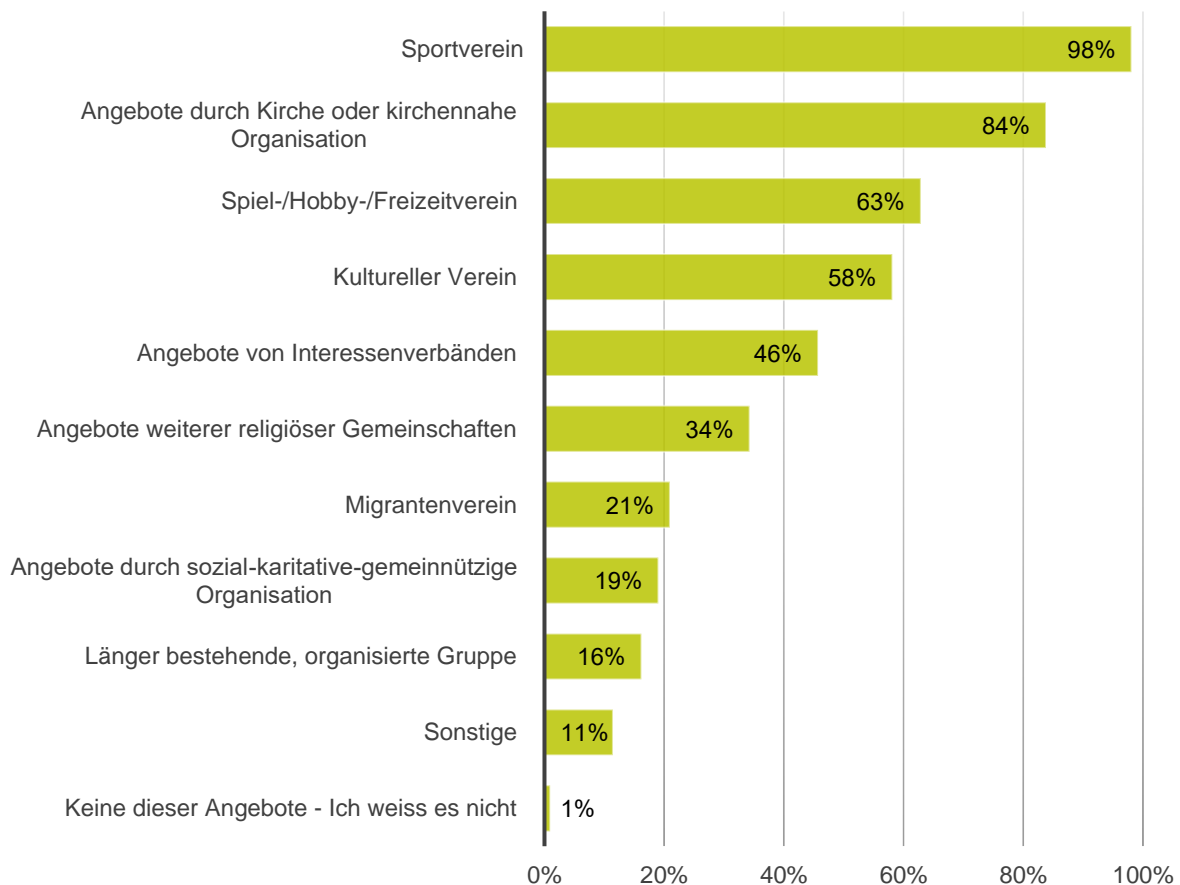


Abb. 7: Angebote, die massgeblich durch Freiwillige erbracht werden (Mehrfachnennungen möglich) (n=105)

Des Weiteren wurde erhoben, welche Fördermassnahmen bzw. Unterstützungsleistungen der Gemeinden für Freiwilligenangebote bestehen. In fast allen Gemeinden wird mindestens ein Freiwilligenangebot mit Infrastruktur (z. B. vergünstigter oder kostenloser Raumnutzung) unterstützt. Weiter fördern drei Viertel der Gemeinden die Sichtbarkeit der Freiwilligenangebote z. B. in Printmedien. 65 % der Gemeinden sind bemüht, Kommunikation und Vernetzung zwischen und zu den Freiwilligenangeboten zu unterstützen

und zu pflegen. In 60 % der Gemeinden werden Kinder bzw. Jugendliche aus finanziell schwächer gestellten Familien unterstützt, z. B. durch das Mittragen eines Mitgliederbeitrags, damit sie an Freiwilligenangeboten teilhaben können. Mehr als ein Viertel der Gemeinden unterstützt zudem Kinder/Jugendliche bei der Weiterbildung finanziell. Verschriftlicht haben 43 Gemeinden die Förderung von Freiwilligenangeboten.

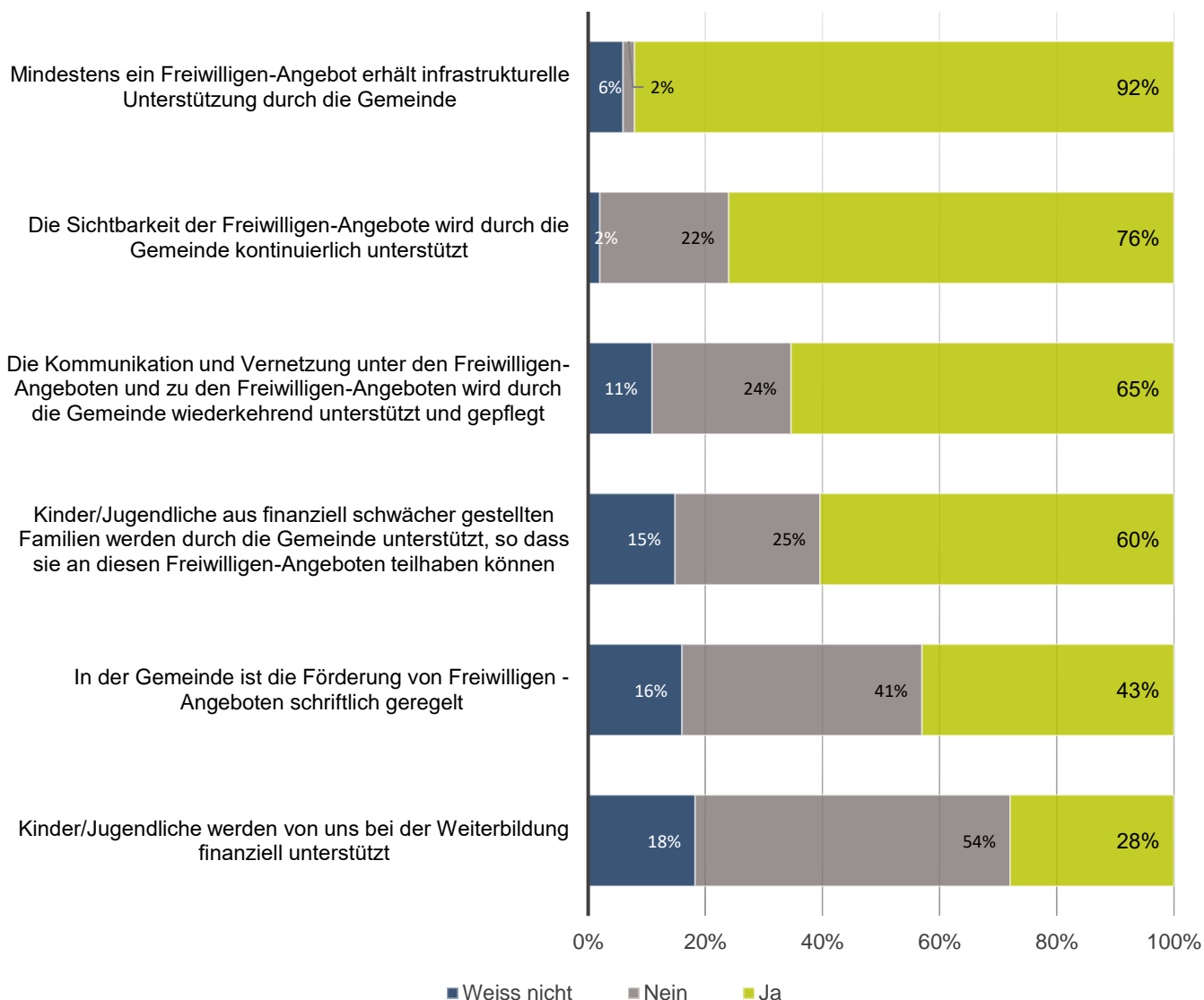


Abb. 8: Fördermassnahmen/Unterstützungsleistungen für Freiwilligenangebote (n= 102)

In 70 von 100 antwortenden Gemeinden erhalten freiwillige Angebote einmalige finanzielle Beiträge. Ebenso viele Gemeinden gaben an, kontinuierlich Beiträge zu erhalten. In gut 30 % der Gemeinden werden Defizitgarantien gesprochen. Nur zwei Gemeinden kennen keine finanzielle Unterstützung.

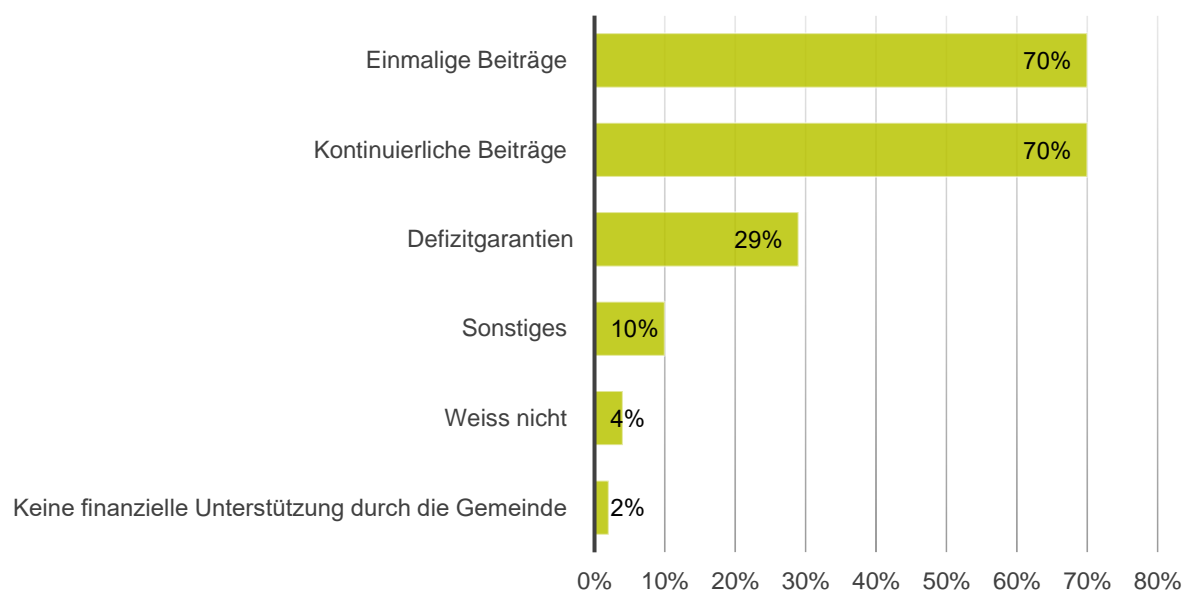


Abb. 9: Form der Unterstützung der Freiwilligenangebote (Mehrfachnennungen möglich) (n=100)

Die Antwortenden wurden um Schätzungen gebeten, wieviele ihrer kommunalen Freiwilligenangebote für Kinder und Jugendliche finanzielle Unterstützung erhielten. 75 konnten diese Frage nicht beantworten, während die verbleibenden 43 Personen schätzten, dass die Hälfte der Angebote in ihren Gemeinden finanziell unterstützt würden.

Es wurde zudem gefragt, wie die Entwicklung der Mitgliederzahlen in den Freiwilligenangeboten (z. B. Sportvereine, kulturelle Vereine, Spiel-/Hobby-/Freizeitvereine, Angebote sozial-karitativ-gemeinnütziger Organisationen, Angebote von Kirchen oder weiteren religiösen Gemeinschaften, Interessenverbänden oder länger bestehenden organisierten Gruppen wie Nachbarschaftshilfen) eingeschätzt werde. Da die mit Abstand am häufigsten gewählte Kategorie «weiss nicht» war, wird hier auf die Ausführung der als nicht genügend aussagekräftig eingestuften Angaben verzichtet. Einzig bei den Sportvereinen zeigen die Einschätzungen ein klares Bild: Entweder werden konstante Mitgliederzahlen wahrgenommen oder es wird eine Zunahme festgestellt.

Unterstützungsbedarf bei den Freiwilligenangeboten sehen die Befragten vor allem beim Zugang zu Infrastruktur (71 Personen erachten diesen Bedarf als eher bis sehr hoch), bei der finanziellen Förderung (49 Antwortende sehen den Unterstützungsbedarf eher bis sehr hoch) und bei der Förderung der Sichtbarkeit (47 Zustimmungen zu eher bis sehr hoch). Bei der Förderung der Vernetzung unter den Vereinen gehen die Meinungen auseinander, nahezu gleich viele erachten den Unterstützungsbedarf als sehr/eher hoch respektive sehr/eher gering. Bei den Kriterien «weitere materielle Unterstützung» (z. B. Nutzung eines Kopiergerätes) oder «Übernahme von Aufgaben» wie dem Versand von Informationen überwiegt die Meinung, dass der Unterstützungsbedarf eher gering ist.

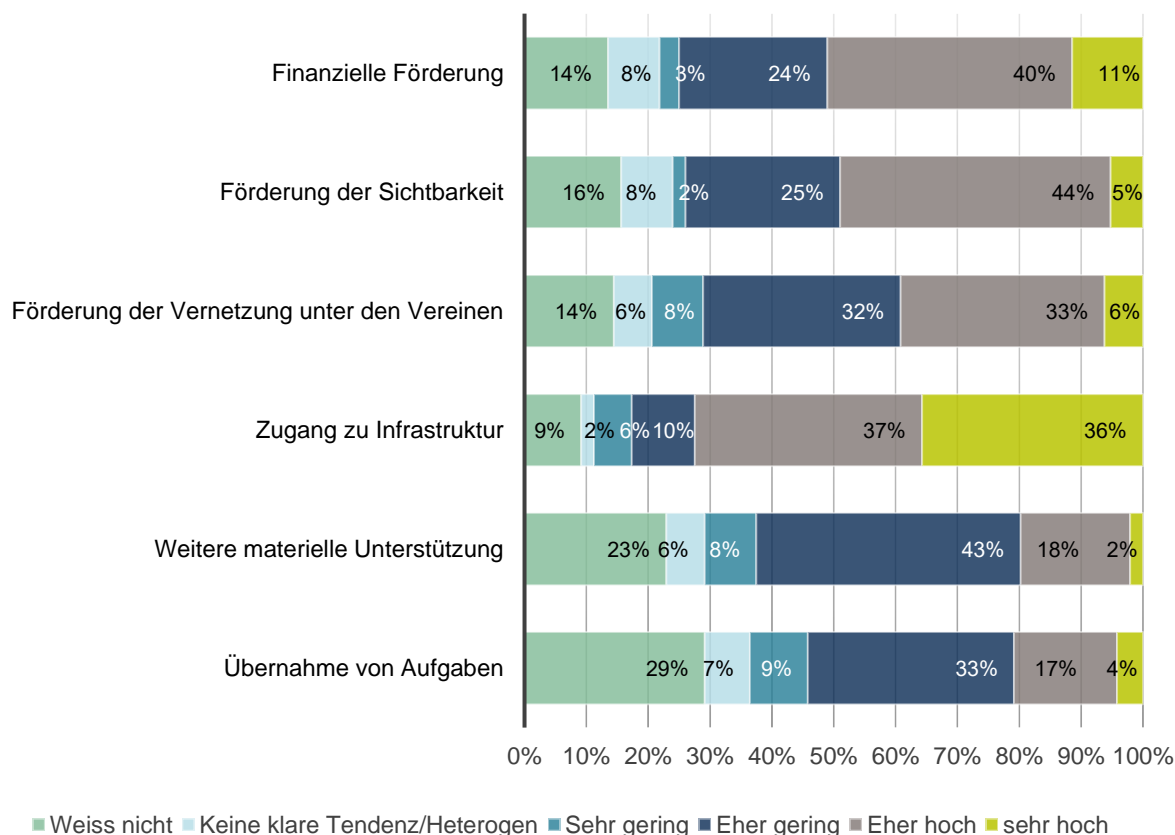


Abb. 10: Unterstützungsbedarf bei Freiwilligenangeboten (n= 98)

Abschliessend wurden den Befragten (n=99) bezüglich des Bedarfs an Unterstützung diverse Einschätzungsfragen zur Ausgestaltung der Freiwilligenarbeit vorgelegt. Als erstes wurde gefragt, ob eine Abnahme wahrgenommen werde, sich freiwillig zu engagieren: Für 74 % trifft dies eher oder voll zu, 21 % verneinen es. 35 % der Antwortenden finden, dass die Arbeit von Freiwilligen nicht ausreichend wertgeschätzt wird, 57 % sind damit eher oder gar nicht einverstanden. Eine Mehrheit (53 gegenüber 22 Antwortenden) bejaht, dass eine zunehmende Regulierung im Bereich der Freiwilligenarbeit festzustellen sei. Dass diese Regulierungen die Möglichkeiten freiwilliger Angebote einschränken, bejahen jedoch nur 38 Antwortende, während 35 verneinen.

4 Partizipation

Die Antworten auf die Frage, welche Beteiligungsmöglichkeiten Kindern und/oder Jugendlichen in den Gemeinden während der vorangegangenen 24 Monate zur Verfügung standen, zeigen, dass partizipative Gefässe grossmehrheitlich nicht oder nur vereinzelt vorhanden sind (vgl. nachfolgende Grafik). Einzig der Schüler*innenrat in Schulen (63 Nennungen) sowie die Projektmitwirkung (49 Nennungen) sind verbreitete partizipative Instrumente. Kinder- und/oder Jugendbefragungen werden in einem Drittel der Gemeinden durchgeführt. In 16 Gemeinden können sich Kinder und/oder Jugendliche in der Kinder- und Jugendkommission beteiligen. Die übrigen partizipativen Formen wie Kinder- und/oder

Jugendforen, -motionen, Kinder- und/oder Jugendsessionen und -parlamente sowie eine Sprechstunde beim Gemeinderat finden in den Zürcher Gemeinden nur geringe Verbreitung.

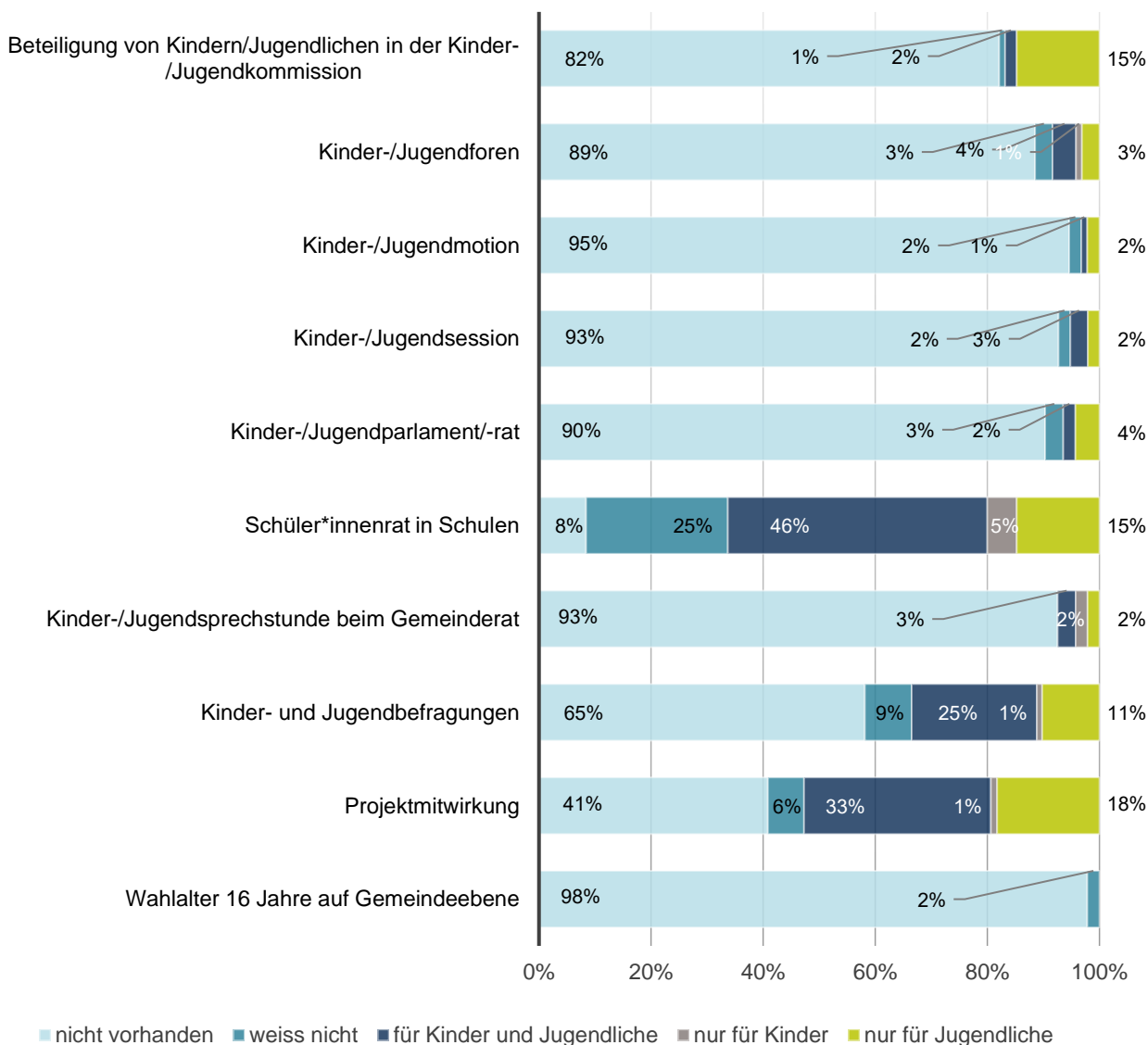


Abb. 11: Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und/oder Jugendliche (n= 97)

Sind die vorhergehend aufgeführten Beteiligungsmöglichkeiten vorhanden (Schüler*innenrat, Kinder-/Jugendparlamente, -sessionen, -foren und/oder Kinder-/Jugendkommissionen), verfügen Kinder und Jugendliche gleichwohl meist nicht über Entscheidungskompetenzen. Das heisst, sie können nur selten bei Entscheidungen wie zu einem eigenen Budget und dessen Verwendung mitreden. Eine Ausnahme bilden hier die Schüler*innenräte in den Schulen mit 36 Ja-Antworten zur Entscheidungskompetenz von Kindern und Jugendlichen.

Weiter wurde gefragt, in welchen Themenbereichen Kinder und Jugendliche in den Gemeinden beteiligt werden. Fast die Hälfte der Gemeinden beteiligen Kinder und Jugendliche bei der Ausgestaltung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Auch verbreitet ist die Beteiligung bei begleiteten oder durch Kinder/Jugendliche selbstverwalteten

Räumlichkeiten. Rund 30 % der antwortenden Gemeinden lassen Kinder und Jugendliche bei der Gestaltung von Spielplätzen oder Angeboten von Vereinen und Verbänden teilhaben. In 24 % der Gemeinden sind Kinder und Jugendliche an der Ausgestaltung von Sport-, Freizeit- und Grünanlagen beteiligt. Gut 20 % der Gemeinden gaben hingegen an, dass in keinen der aufgeführten Themenbereiche Kinder und/oder Jugendliche beteiligt werden. Teilkommerzielle Angebote, Musikschulen, Ludotheken oder Bibliotheken, umweltbezogene Themen oder generationenübergreifendes Zusammenleben werden nur wenig partizipativ ausgestaltet (vgl. Grafik).

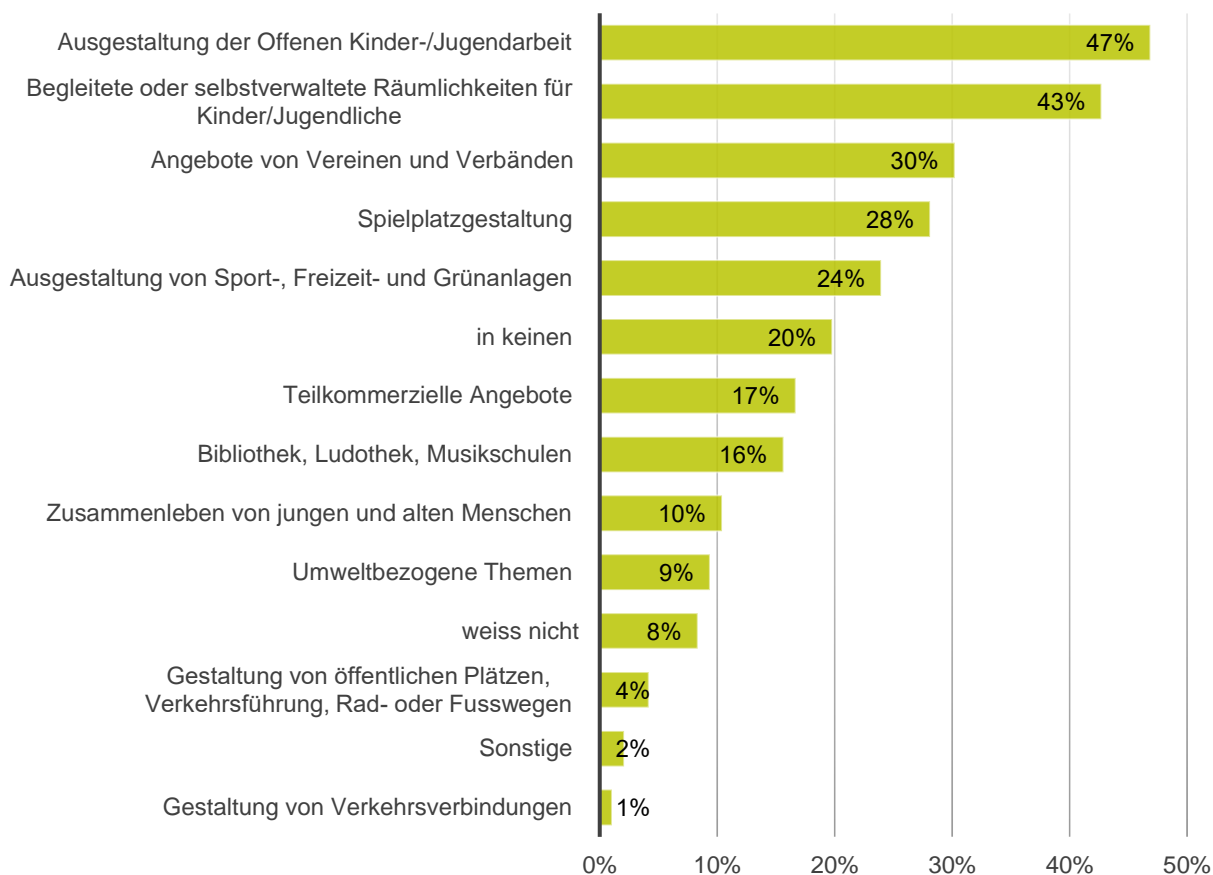


Abb. 12: Themenbereiche zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (Mehrfachnennungen möglich) (n=96)

5 Vernetzung

Zur Vernetzung wurde gefragt, wie oft formelle Vernetzungsstrukturen wie Runde Tische oder informeller Austausch in den vergangenen 12 Monaten zu Kinder- und Jugendthemen stattgefunden hätten. Es wurden drei Ebenen unterschieden – die der gemeindeinternen Vernetzung, jene unter den Gemeinden und schliesslich die Vernetzung von Gemeinden und Kanton.

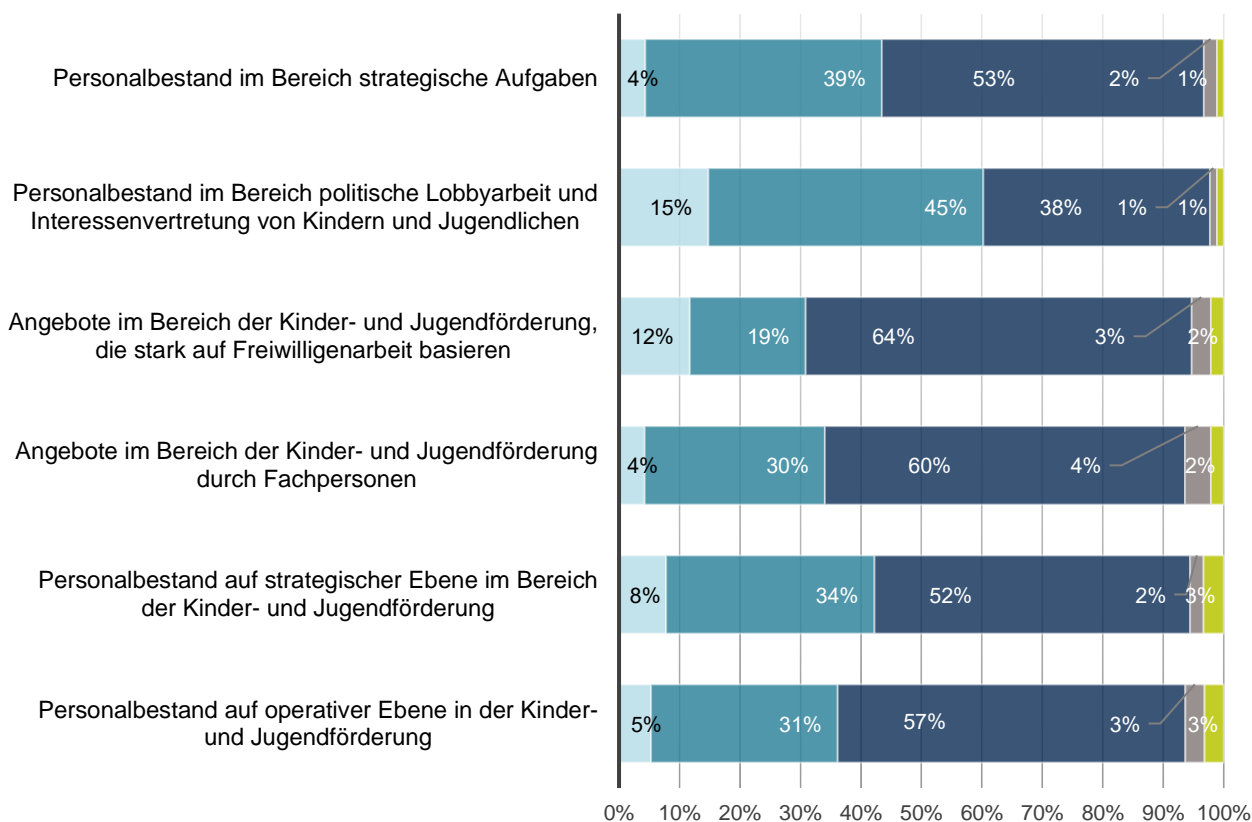
50 % der Gemeinden (n=98) gaben an, dass eine regelmässige und formell strukturierte gemeindeinterne Vernetzung zwischen Institutionen und Behörden stattfindet. Bei 13 % der Gemeinden findet sie immerhin gelegentlich statt, bei 9 % hin und wieder; 12 % hingegen tauschen sich zu Kinder- und Jugendthemen gar nicht formalisiert aus. 36 % der

antwortenden Gemeinden sagten, formelle Vernetzung habe regelmässig mit anderen politischen Gemeinden stattgefunden, für 15 % war sie gelegentlich, bei 23 % hin und wieder bzw. eher selten, und für 22 % fand sie gar nicht statt. Mit dem Kanton vernetzen sich 22 % der Gemeinden regelmässig. 9 % tauschen sich gelegentlich mit dem Kanton aus, 23 % ab und zu oder selten, und 31 %, also rund ein Drittel, gaben an, dass keine kantonale Vernetzung innerhalb der letzten 12 Monate bestand.

Des Weiteren wurde erhoben, welche Formen des informellen Austausches bzw. der unstrukturierten Vernetzung zu Kinder-/Jugendthemen in den vergangenen 12 Monaten stattfanden. Diese Frage beantworteten 95 Gemeinden. Gemeindeintern fand solch ein Austausch bei 32 % der Gemeinden regelmässig statt, bei rund 25 % gelegentlich. 24 % gaben ein solchen Austausch als ab und zu oder selten an, und bei 9 % der Gemeinden gibt es gar keinen informellen Austausch. Eine unstrukturierte Vernetzung mit anderen Gemeinden unterhalten 15 % der Gemeinden regelmässig und 23 % gelegentlich. 13 % der Antwortenden sagen, unstrukturiert finde sie gar nicht statt und bei 33 % nur ab und zu oder selten. Eine informelle Vernetzung auf kantonaler Stufe hat sich bislang nicht wirklich etabliert: 7 % geben an, dass eine solche regelmässig stattfindet, bei 15 % gelegentlich. Ein Viertel der Gemeinden gibt jedoch an, dass eine solche gar nicht vorhanden ist.

6 Personelle Ressourcen, Auf-und Ausbaunotwendigkeit

Die Gemeinden wurden auch gebeten, den Personalbestand in verschiedenen Bereichen der Kinder- und Jugendförderung einzuschätzen und zu bewerten. Im Wesentlichen wird er in keinem der erfragten Bereiche als eher hoch oder zu hoch eingestuft. Mehrheitlich stimmt der Personalbestand für den Freiwilligenbereich (z. B. Vereine). Ebenfalls mehrheitlich passt der Bestand im Bereich der Kinder- und Jugendförderung durch Fachpersonen erbrachten Angebote, auf operativer und strategischer Ebene. Gleichzeitig ist jeweils rund ein Drittel der antwortenden Gemeinden der Ansicht, dass eher zu wenig Personal für diese Aufgaben vorhanden sei. 45 % erachten die personellen Ressourcen für politische Lobbyarbeit als eher zu niedrig, auch der Personalbestand für strategische Aufgaben wie Konzept- oder Leitbildentwicklungen wird als ausbaufähig angesehen.



■ weiss nicht ■ Bestand eher zu niedrig ■ Bestand passt ■ Bestand eher zu hoch ■ Bestand zu hoch
 Abb. 13: Beurteilung des Personalbestands nach verschiedenen Bereichen (n=95)

Die nachfolgende Grafik zeigt auf, in welchen Bereichen der Kinder- und Jugendförderung gemessen am vorhandenen Bedarf Auf- bzw. Ausbaunotwendigkeiten gesehen werden. Die Ausstattung an politischen Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche erachten 64 % als zu gering, jene an offenen und projektbezogenen Partizipationsmöglichkeiten genügen 57 % der Antwortenden nicht. In den übrigen erfragten Bereichen (finanzielle Mittel für Projekte und Angebote, Öffentlichkeitsarbeit, Controlling und Qualitätssicherung, freiwilliges Engagement, gemeindeinterne sowie gemeindeübergreifende regionale Vernetzung) beurteilen jeweils mindestens die Hälfte der antwortenden Gemeinden den Bestand als passend.

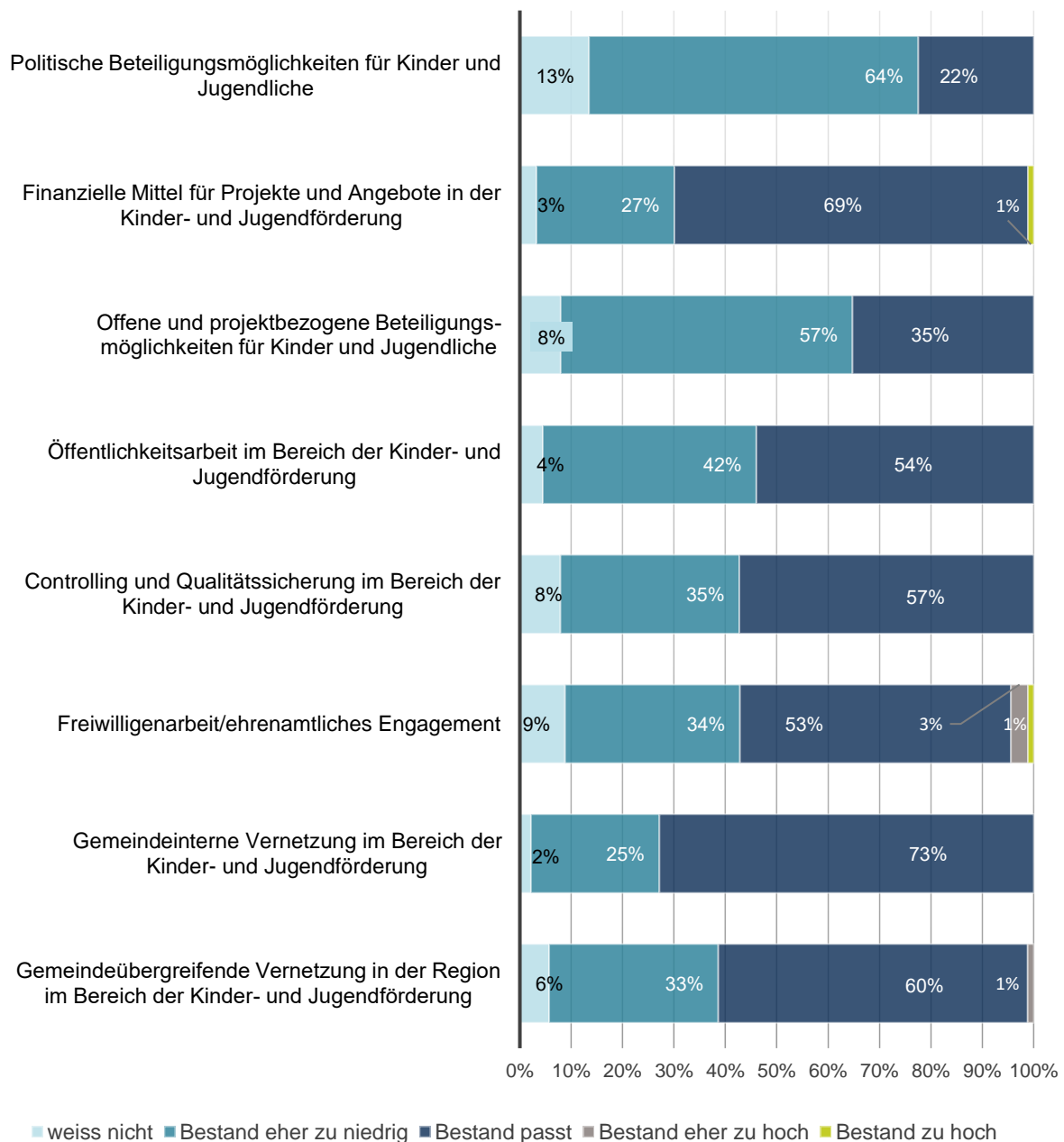


Abb. 14: Ausstattung mit Blick auf vorhandenen Bedarf pro Bereich (n= 94)

Die nachfolgende Grafik zeigt, dass 87 % eine Tendenz zu gleichbleibendem Bestand oder leichtem Ausbau sehen bei aktuellen Angeboten im Bereich der Kinder- und Jugendförderung, die stark auf Freiwilligenarbeit basieren und 91 % bei jenen, die durch Fachpersonen erbracht werden. 78 % erwarten, dass der Personalbestand auf strategischer Ebene im Bereich der Kinder- und Jugendförderung in der Tendenz gleich bleibt. Gleichbleibende oder leicht ausgebaut Bestände erwarten 90 % künftig beim Personalbestand auf operativer Ebene. Einen leichten Ausbau wünschen sich 43 % der befragten Gemeinden im Bereich strategischer Aufgaben (z. B. in Form eines Leitbildes) sowie 32 % für die politische Lobbyarbeit und Interessensvertretung von Kindern und Jugendlichen.

Wie beurteilen Sie Tendenzen (aktuell und in nächster Zukunft) für einen Auf- oder Abbau in diesen Bereichen?

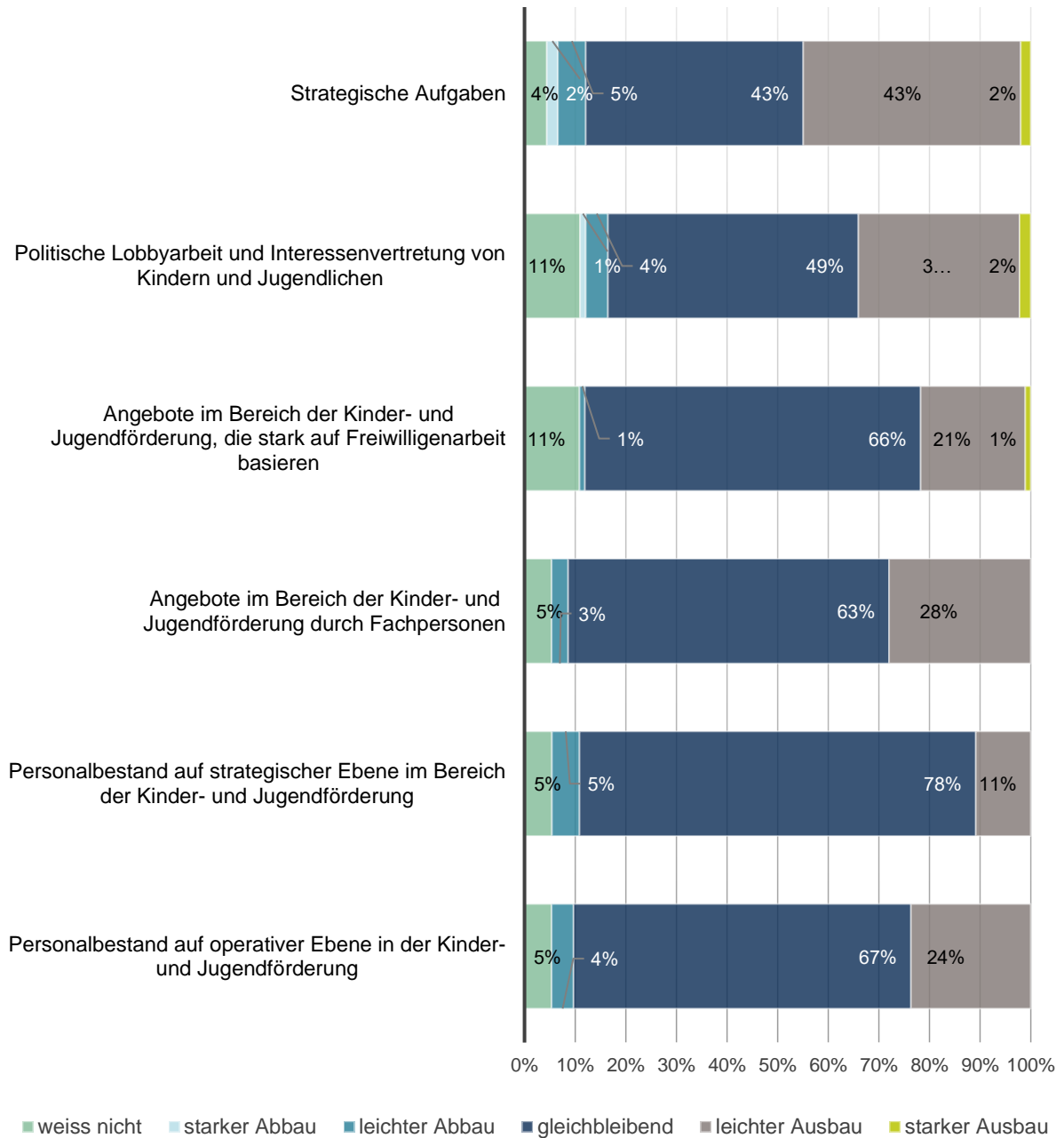


Abb. 15: Tendenz Auf-/Ausbau (n= 93)

Weiter interessierte, in welchen Themenbereichen in den politischen Gemeinden einen Bedarf an Information und/oder Beratung (z. B. durch die kantonale Fachstelle) bestehe.

Die Erhebung zeigt, dass jeweils gut 50 % der Befragten Informationsbedarf in den Bereichen strategische Tätigkeiten (z. B. Erarbeitung von Konzepten und Leitbildern), Vernetzung der verschiedenen Akteur*innen, bei der bedarfsgerechten Weiterentwicklung, dem Aufbau, der Steuerung oder Planung der Offenen und/oder mobilen Kinder- und

Jugendarbeit, aber auch bei Vereinsförderung und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements sowie bei der Förderung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen ausmachen. Beratungsbedarf wird dem gegenüber bei durchschnittlich 20 % der Antwortenden verzeichnet – am meisten bei strategischen Tätigkeiten, bedarfsgerechter Weiterentwicklung der Offenen und Kinder- und Jugendarbeit und bei der Förderung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

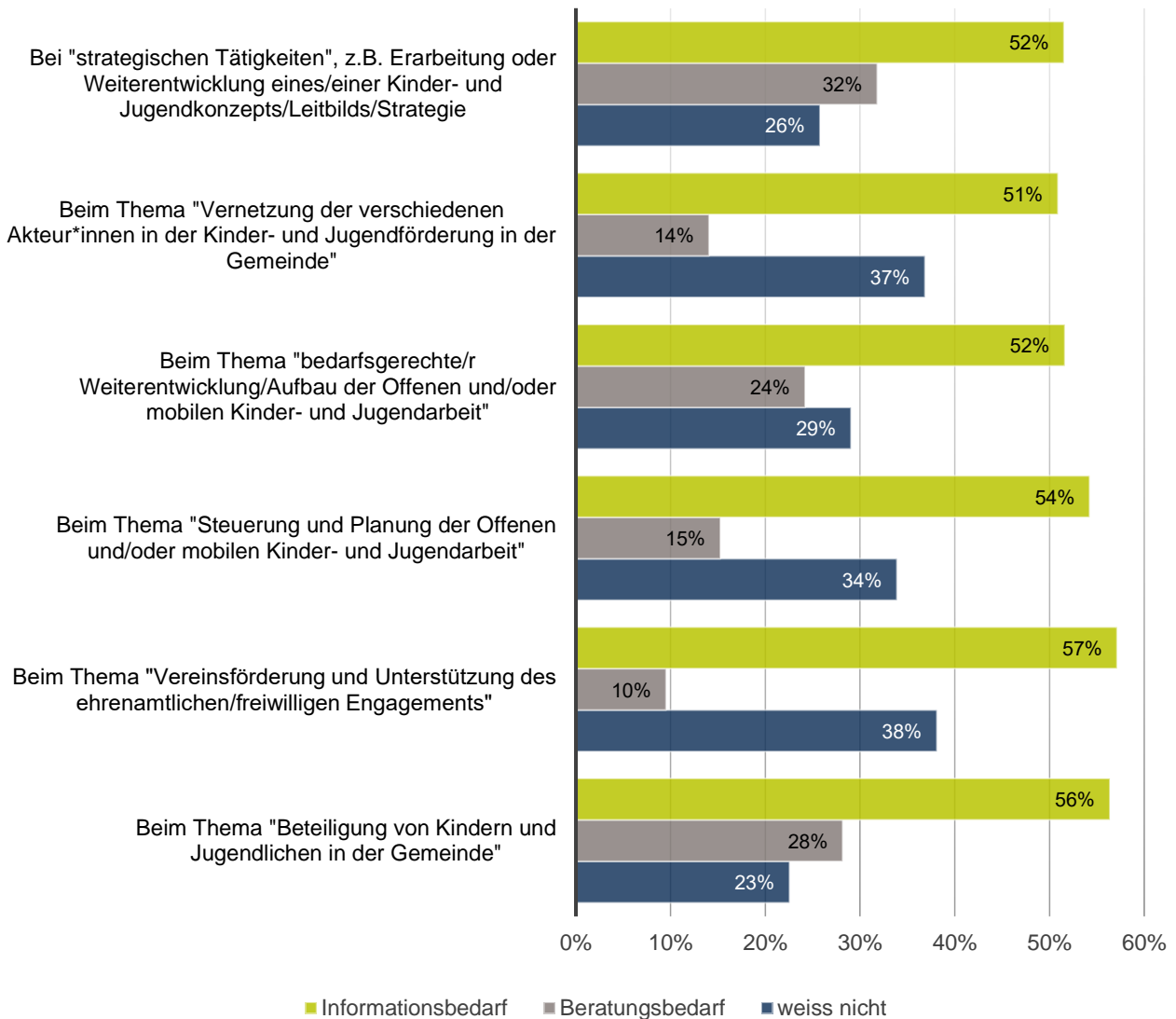


Abb. 16: Bedarf nach mehr Informationen und/oder Beratung (n= 79)

Die folgende Grafik zeigt jedoch auch, dass es wesentlich wäre, die Stimmen und Anliegen der Kinder und Jugendlichen selbst zu erheben: In 50 % der antwortenden Gemeinden wurde in den letzten Jahren keine Bedürfniserhebung unter Kindern und Jugendlichen durchgeführt. Nur 34 Gemeinden (37 % der Antwortenden) gaben an, dass in den letzten Jahren eine solche durchgeführt wurde.

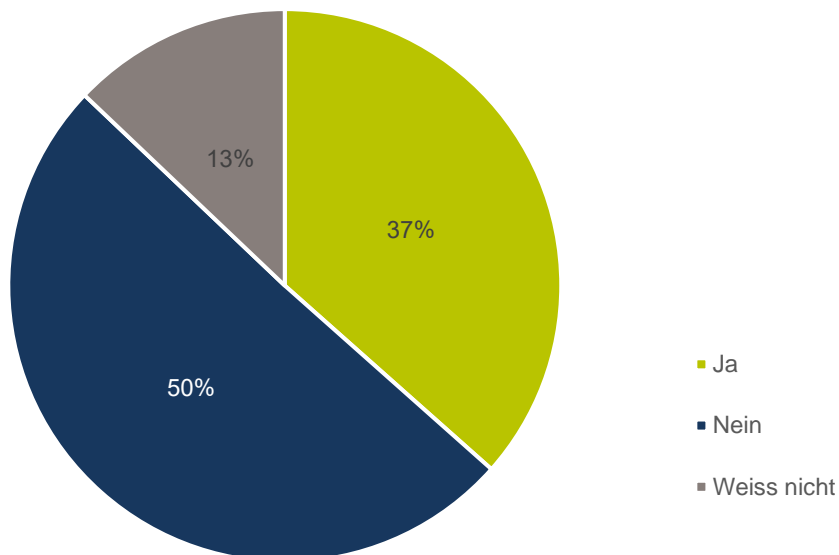


Abb. 17: Durchführen einer Bedürfniserhebung bei Kindern/Jugendlichen selbst ($n=93$)